

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Geehrte Damen und Herren,  
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Ich möchte hier nicht nur als Ausschussmitglied und Stellvertretende Bürgermeisterin, sondern auch als zweifache Mutter ein paar Worte zu der Diskussion beitragen:

Es ist unverantwortlich, wie die Bezirksregierung landespolitischen Wahlkampf auf dem Rücken der Morsbacher austrägt. Natürlich möchte sich die schwarz-gelbe Landesregierung vor der Wahl im Mai keine Gerichtsniederlage (bei der Schulpolitik) ans Revers heften. Aber man darf doch auf sachlicher Ebene eines nicht vergessen:

Die Alternative zur Gesamtschule ist nicht ein „Weiter so!“ bzw. die Beibehaltung der derzeitigen Morsbacher Schullandschaft. Die Hauptschule kann kurz- bis mittelfristig allein keinen Bestand haben, das zeigen die stark rückläufigen Anmeldezahlen. Sie muss vielmehr absehbar mit der Realschule zu einer sog. Verbundschule zusammengelegt werden. Das ist letztlich auch eine Art Gesamtschule, nur ohne gymnasialen Zweig und ohne die Möglichkeit endlich auch vor Ort das Abitur anbieten zu können. Die Schullandschaft ist aber gerade für kleine Gemeinden wie Morsbach zum harten Standortfaktor geworden.

Aller Voraussicht nach wird das Berufungsverfahren die Gesamtschule nicht verhindern können und sich das Oberverwaltungsgericht dem Urteil vom 9. Dezember anschließen. Doch der Berufungsantrag der Bezirksregierung versucht, die Eltern und Kinder wiederum zu verunsichern und verschleppt die dringend erforderliche Reform der Schullandschaft.

Ich möchte hier eines noch mal ganz klar sagen: Die Gesamtschule ist für Morsbach keine Handlungsoption, sondern eine Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde! Wer das verkennt, hat sich entweder mit dem Thema nicht wirklich beschäftigt, - oder er hat den Blick für die Realität verloren!

Vielen Dank.